

Hans Henning Hahn

Vortrag am 21. 11. 2018 in Heidelberg, veranstaltet von der „Initiative Partnerschaft mit Polen“

Themenvorschlag:

Staatsbildung und internationales Staatensystem. Die Wiederherstellung Polens 1918 als innere und äußere Ordnungstiftung.

Der Erste Weltkrieg und vor allem sein Ende wird seit 40 Jahren als die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet. Dabei meint man, die damals geltende Ordnung sei zerfallen, und insinuiert, dass die darauf folgende Ordnung weniger stabil gewesen sei. Daran knüpfen sich in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Geschichtsbilder. Die wichtige zustellende Frage lautet, inwiefern 1918 auch neue, sinnvolle Ordnungen gestiftet wurden, und zwar auf dem Gebiet der Staatsgründung, der Nationsbildung und der internationalen Ordnung. Es ging um konkurrierende Staatskonzepte, vor allem in den neugegründeten und den revolutionierten Staatsgebilden, um unterschiedliche Nationskonzepte sowie um ein internationales System, das das vorherige System der unwidersprochenen Großmachtdominanz ablösen sollte.

Die drei hier angesprochenen Ordnungen standen in einem direkten Zusammenhang zueinander. Das galt vor allem für Polen. In der polnischen Gesellschaft konkurrierten unterschiedliche Staatsvorstellungen (trotz des weitgehenden Konsenses einer Präferenz für die Republik) ebenso wie differierende Nationskonzepte, sichtbar vor allem in der piastischen Konzeption Roman Dmowskis und der jagiellonischen Konzeption Józef Pilsudskis. Daß eine Staatsgründung immer auch im Rahmen einer internationalen Staatenordnung erfolgt und daher der Faktor der äußeren Anerkennung von unübersehbarer Bedeutung ist, darüber hatten zwar polnische Staatsmänner im 19. Jahrhundert seit A.J. Czartoryski nachgedacht; nichtsdestoweniger war der Wechsel von einem elitären, von Großmächten geleiteten Staatensystem hin zu einer Staatenordnung, die zumindest vom Ansatz her auf demokratischen Gleichheitsvorstellungen beruhen sollte, weder in der internationalen noch in der nationalen Wahrnehmung unproblematisch.

Die Frage nach dem eigenen Platz in Europa stellte gleichzeitig auch eine nicht zu unterschätzende Identitätsfrage dar – mit anderen Worten: Die Selbsteinordnung in den europäischen Kontext gehört im Fall Polens 1916-23 ebenso wie heute und ebenso wie für andere Nationen zur nationalen Konstruktion, und das betrifft nicht nur die üblichen territorialen Fragen (Grenzfragen, die gleichzeitig das Nationsverständnis als auch die Staatskonstruktion und –konzeption betrafen), sondern auch die nationale Identität.

Die neu- (und wieder-)gegründete Zweite Polnische Republik mußte ihre nationale Selbstbefindlichkeit im Rahmen eines Neubegründeten und deshalb als labil geltenden Staatensystem entwickeln, in dem das Nationalstaatsprinzip mit den imperialen Traditionen der Großmächte konkurrierte. Diese Fragestellung berührt sowohl die polnische wie auch die europäische Geschichte. Methodisch gilt es, dabei mehrere Ansätze zu verbinden: internationale Politikgeschichte, Wahrnehmungsgeschichte (= Stereotypenforschung) sowie Diskurs- und Ideengeschichte. Historiographisch und beziehungsgeschichtlich ist hier auch der deutsch-polnische Dissens, was die Einschätzung des Versailler Vertragswerks betrifft, zu behandeln, wobei es dabei nicht um die üblichen imperialen Positionen gehen soll, sondern eher um die Frage, ob das Versailler System nicht doch ein faires Ordnungsangebot für fast alle beteiligten Staaten gewesen sei und dementsprechend eine Chance zu haben verdient hätte.